Wenn arm und reich sich nicht mehr begegnen

Wie sich die sozial-räumliche Trennung von gesellschaftlichen Gruppen vermeiden lässt

Von Benoît Faedo*

» Arme leben in armen Stadtvierteln, Reiche in reichen Stadtvierteln. Dieser Trend nimmt zu – in Deutschland wie in Frankreich. Das schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt – weshalb es in Frankreich und in Deutschland viele Bestrebungen der Kommunen gibt, der sozioökonomischen und geografischen Spaltung entgegenzuwirken. Ist die Idee einer sozial gemischten Stadtgesellschaft gescheitert?

Die Armen gruppieren sich mehr als zuvor um und trennen sich vom Rest der Bevölkerung. Das zeigt die bislang umfangreichste Studie, die mit amtlichen Daten die ungleiche räumliche Verteilung sozialer Gruppen untersucht. Sie wurde im Frühjahr 2018 vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)veröffentlicht. Ihre Autoren Marcel Helbig und Stefanie Jähnen wollten einen Blick auf „den Grad der Fragilität der Sozialarchitektur deutscher Städte“ (1) werfen. Anhand von Statistiken aus den 74 größten Städten des Landes zwischen 2002 und 2014 machten sie eine Momentaufnahme der urbanen Segregation im Land.

Im Einzelnen hat die räumliche Konzentration der ärmsten Bevölkerungsgruppen seit 2005 in 80 % der untersuchten Städte zugenommen. Am stärksten betroffen sind ostdeutsche Städte wie Rostock, Schwerin, Potsdam, Erfurt, Halle und Weimar. In manchen Städten Ostdeutschlands habe das ein Niveau ähnlich wie in den USA erreicht (2), wo die sozialräumliche Spaltung von Gesellschaften viel weiter fortgeschritten sei. Forscher Helbig bezeichnet die sozialräumliche Spaltung der ostdeutschen Städte binnen weniger Jahre als „historisch beispiellos“ (3).

Arme Familien mit Kindern sind besonders betroffen

Besonders betroffen sind von diesem Phänomen vor allem Familien mit kleinen Kindern. Die einzige kleine „Überraschung“: Die Aufteilung und Verteilung aufgrund von ethnischen Gruppenzugehörigkeiten ist zurückgegangen. Allerdings wurde die Studie weist vor 2015 durchgeführt und damit vor dem hohen Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland.

In Frankreich, wo fast 9 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben (4) und 4 Millionen Menschen obdachlos, unzureichend oder vorübergehend untergebracht sind (5), ist ein ähnlicher Trend zu beobachten, wobei einige Besonderheiten zu beachten sind. Insbesondere ist die sozialräumliche Trennung „in Stadtzentren und nahe gelegenen Vororten höher als im Umland“, berichtet ein im Februar 2018 veröffentlichter Artikel des Institut National de la Statistique et des études économiques INSEE (6). Dennoch dominiert in der Vorstellung vieler das Bild von den französischen Vorstädten, die vom Rest der Stadt isoliert sind und in denen eine ethnisch-rassische Segregation herrscht.

* Benoît Faedo lebt in Berlin, er ist der Co-Gründer des deutsch-französischen Kulturmagazins *Berlin Poche*.

Räumliche Trennung hat negative Auswirkungen für Bildung und soziale Interaktion

Das sind nicht nur statistische Größen – sie haben starke soziale Auswirkungen. (7) So wohnen zum Beispiel bestimmte Altersgruppen immer seltener Tür an Tür. Junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren konzentrieren sich in bestimmten Wohnvierteln, in anderen wiederum alte Menschen ab 65 Jahren. Reich und arm – Mittelschicht und Menschen, die auf die soziale Unterstützung durch den Staat angewiesen sind, begegnen sich nicht mehr, es fehlt an sozialer Interaktion. Unter anderem wirkt sich das negativ auf die Lebenschancen armer Kinder aus, wie die Berliner Forscher herausfanden: „Aus der Forschung wissen wir, dass die Nachbarschaft auch den Bildungserfolg beeinflusst."

Die Hauptursache für dieses Phänomen ist die Gentrifizierung, die viele Städte in Deutschland und in Frankreich betrifft. So siedeln sich in älteren, baulich runtergekommenen Stadtteilen in zentraler Lage junge, meist gut ausgebildete, einkommensstarke, kinderlose Haushalte an. (8) Zunächst siedeln sich die „neuen" Bevölkerungsgruppen ohne „Konflikte" an Dann bleiben sie auf Dauer, gründen Familien, „importieren" ihren Lebensstil und ihr Konsumverhalten in das neue Umfeld. Und tragen so dazu bei, die Preise und das Leben in diesen Stadtteilen für die „ursprünglichen" Bewohner zu verteuern. Die Effekte sind in Lyon, Hamburg, Paris oder Berlin die gleichen: Haushalte mit niedrigem Einkommen, die seit langem in diesen Stadtteilen leben, werden so gezwungen, aus der Innenstadt fortzuziehen.

Die Gentrifizierung weitreichende Folgewirkungen: Es verändert sich nicht nur das Nachtleben, weil zu laute Bars geschlossen werden, sondern auch der Bedarf an Schulen. Der Fall der „Ghetto"-Schulen in Paris zeigen, dass sich privilegierte Eltern in diesen Stadtteilen Sorgen um die Qualität der dortigen Schulen machen. Sie schulen ihre Kinder eher nicht auf der nächstgelegenen öffentliche Schule ein, wenn es dort einen hohen Prozentsatz an Schülern aus benachteiligten sozialen Milieus gibt, sondern an Privatschulen. Vor einem Jahr startete das Pariser Rathaus an sechs Schulen das Experiment „Multi-College". (9) Sein Ziel: eine stärkere Durchmischung und weniger Flucht in private Einrichtungen. Die ersten Ergebnisse sind ermutigend. Das Programm wurde auf eine Reihe andere Städte Frankreichs ausgeweitet.

Die starke Nachfrage nach Wohnraum in Städten und die stark gestiegenen Mietpreise beschleunigen die Ausgrenzung der ärmsten Bevölkerungsgruppen. Viele Bezirke in den größten Ballungszentren Frankreichs und Deutschlands haben erlebt, wie ihre vor einigen Jahren noch erschwinglichen Mieten schnell und unangemessen steigen. In Berlin und Paris – aber auch in anderen Städten – mehren sich die Initiativen, die solche Fälle von Mietvertreibungen, Mietwucher und Kostentreiberei bei Immobilien und Mieten anprangern. (10) In der deutschen Hauptstadt zieht aktuell die Ankündigung, am Ufer des Landwehrkanals in Kreuzberg einen „Google-Campus" zu errichten, die Aufmerksamkeit und Kritik von Anwohnern auf sich. (11) Die bauliche Ankunft des Web-Riesen bestätigt die Attraktivität der Stadt für Digital Player und Unternehmen – sowie für die Menschen, die bei ihnen arbeiten und überdurchschnittlich gut verdienen. Es wird befürchtet, dass es zu einem weiteren Anstieg von Mieten und Immobilienpreise kommt, weil – wie in allen internationalen Metropolen – auch in Berlin ehemalige Wohngebiete zu Gewerbe-Immobilien und Büros werden.

Weniger sozialer Zusammenhalt = weniger Demokratie?

Man könnte argumentieren, dass es seit jeher Formen der urbanen Segregation gibt (Villenviertel versus Sozialwohnungen mit niedrigen bzw. bezuschussten Mieten). Was die Analyse des Wissenschaftszentrum aber aufzeigt: dass sehr wohl eine Verankerung am jeweiligen Ort stattfindet. Die starken Disparitäten fordern und überfordern Menschen, und ist ein Risiko für das Zusammenleben Es gehe also darum, für den sozialen Zusammenhalt zu sorgen, insbesondere im Stadtkern. Dr. Marcel Helbig betont: Wenn sich bestimmte Schichten einfach nicht mehr träfen,

© Benoît facdo

Das umstrittene Projekt Vertical Village in Berlin

dann leidet auch die Gesprächskultur, die politische Auseinandersetzung und die Demokratie im Allgemeinen. (12)

Wenn eine soziale Gruppe aus einem Viertel verschwindet und wenn Reiche und Arme nicht mehr die gleichen Wohnorte und Schulen teilen, dann verständigen und interagieren sie im Alltag nicht mehr – und es droht der Verlust an politischer Verständigungsfähigkeit.

Zudem – auch das zeigt die Studie – ist in ohnehin armen Vierteln die Spirale sozialer Ungleichheit und zunehmender Verarmung kaum aufzuhalten. Armut, ob wirtschaftlich oder kulturell, führt zu mehr Armut. Der fehlende Zugang zu Bildung und Beschäftigung, und im weiteren Sinne der fehlende Austausch und das fehlende Zusammenleben mit höheren Bevölkerungsschichten, verschlechtern die sozialen Beziehungen und das Leben in gesundheitlicher und in psychologischer Hinsicht, und auch was Gewalt und Kriminalität angeht.

Die Studie von Helbig und Jähnen weist darauf hin, dass zwei Elemente die soziale Segregation begünstigen: ein unregulierter Wohnungsmarkt und der Rückzug des Staates in der Frage des sozialen Wohnungsbaus, da weniger Gebäude zur Verfügung stehen und Bestandswohnungen privatisiert werden. Nicht nur der Schweriner Bürgermeister Rico Badenschier vertritt die Auffassung, dass es sich bei diesem Thema um ein wichtiges politisches Thema handle: „Es muss unsere Aufgabe sein, die Stabilität der Gesellschaft zu erhalten“, macht er deutlich.

Sozial-räumliche Trennung nützt keinem

In Deutschland hat der Bundestag 2015 durch die sogenannte Mietpreis-Bremse Regelungen zur besseren Regulierung der Mieten erlassen. Dies konnte aber den Preisanstieg in Städten nicht verhindern. Derzeit wird eine Reform dieser Bestimmungen durchgeführt, um die Rechte der Mieter ab 2019 zu stärken. In Berlin hat die Stadt für bestimmte Stadtgebiete Milieuschutzgebiete geschaffen, in denen Vermietungen und Mietpreisen bestimmten Regularien unterworfen werden, um Mietsteigerungen einzudämmen, aber auch eine

ausgewogene gemischte Sozialstruktur zu gewährleisten und die Stadtentwicklung entsprechend zu gestalten. Darüber hinaus hat das Rathaus sein Vorkaufsrecht zum Zweck des Sozialschutzes mehrfach ausgeübt. Auch die Umwandlung von Mietobjekten in Immobilien wird stärker überwacht.

In Frankreich gibt es seit den 2000er-Jahren Pläne und Gesetze, die ähnliche Ziele auf dem Papier verfolgen: Mietkontrolle, Förderung von Genossenschaftswohnungen, Stärkung der Produktionsverpflichtungen im sozialen Wohnungsbau, das politische Ziel der besseren sozialen Mischung ... Das im Januar 2017 verabschiedete Gleichstellungs- und Staatsbürgerschaftsgesetz setzt sich das Ziel, „die soziale Vielfalt und Chancengleichheit im Wohnungsbau zu fördern". Doch das Ziel – 25 % aller Wohnungen in einem Gebiet sollten Sozialwohnungen sein – ist noch lange nicht erreicht. Vor allem das ELAN-Gesetz (Gesetz über die Entwicklung des Wohnungsbaus, der Entwicklung und der Digitaltechnik, das im Herbst 2018 verabschiedet werden soll) enthält Bestimmungen, die einigen der Anforderungen an ein besseres Zusammenleben zuwiderlaufen, einschließlich der Privatisierung eines Teils des sozialen Wohnungsbestands.

Ausbaufähig sind zudem politische Initiativen, um öffentliche Dienstleistungen anzubieten und sicherzustellen, die den spezifischen Bedürfnissen jedes Lebensraums entsprechen, sowie Instrumente digitaler Bürgerbeteiligung. (13) Es mangelt nicht an Ideen, mit denen sich der Zugang zu den gemeinsamen Ressourcen der Stadt für möglichst viele erleichtern lässt, mit denen qualitativ hochwertige, benutzerfreundliche und integrative Einrichtungen und öffentliche Räume geschaffen werden können, z. B. Grünflächen, Sportplätze oder Sozialzentren. Das beginnt mit zusätzlichen Radwegekilometern, einem erschwinglicheren öffentlichen Verkehrsnetz, einer Schulinfrastruktur, durch die soziale Vielfalt gefördert wird, mit besseren Zugängen zu Beschäftigung für von Armut bedrohte gesellschaftliche Gruppen.

Anstatt Menschen in sozialen und geografischen Räumen voneinander zu trennen, wäre es gesellschaftlich und sozial weit besser, in durchmischten Räumen Orte der Begegnung zu schaffen.

---

1 Marcel Helbig, Stefanie Jähnen, *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Mai 2018. https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf
2 Ibid.
3 Beispiel des Schweriner Stadtviertels Müßer Holz, wo 60 % der Kinder von Sozialleistungen leben müssen.
4 Daten aus dem aktuellen Barometer / baromètre Ipsos-Secours populaire , vom 11 September 2018
5 *22e rapport sur l'État du mal-logement en France*, Fondation Abbé Pierre, janvier 2017
6 Floch, J.-M. (2017), *Niveau de vie et ségrégation dans douze métropoles françaises*. Economie et Statistique, 497–498, 73–96.
7 Studien, die das dokumentieren u. a. Oxfam, OECD, IAB, World Inequality Lab.
8 Definition von Prof. Dr. Andreas Farwick, Geographisches Institut Ruhr-Universität Bochum.
9 Gurvan Le Guellec, *Collèges 'ghettos' : comment Paris est devenue une ville d'apartheid*, *Le Nouvel Observateur*, 14 avril 2018. https://www.nouvelobs.com/education/20180412.OBS5091/colleges-ghettos-comment-paris-est-devenue-une-ville-d-apartheid.html
10 Diese Karte dokumentiert solche Vertreibungen und gibt eine Vorstellung vom Ausmaß der durch hohe Preise verdrängten Menschen in Berlin : http://wirbleibenalle.org/map.
11 Vgl. Benoît Bréville, *Grandes villes et bons sentiments*, *Le Monde diplomatique*, novembre 2017.
12 Dieses Zitat sowie alle weiteren entstammten der Sendung *Länderzeit* des Deutschlandfunk, 29.8.2018
13 Ein Beispiel für Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung aus Nantes : http://www.mavilledemain.fr/